



Links-Grün findet sich doch noch

Umstrittene Nachtragskredite Nach hitzigen Diskussionen stimmt der Gemeinderat der Basishilfe von Sozialvorsteher Golta zu. In einem anderen Geschäft zeigt das Parlament dem Stadtrat die Rote Karte.

Corsin Zander

Die Nervosität in der SP, das Projekt «Wirtschaftliche Basishilfe» ihres Stadtrats Raphael Golta könnte scheitern, war in den vergangenen Tagen spürbar. Dies, nachdem bekannt geworden war, dass eine Mehrheit im Gemeinderat einen Nachtragskredit streichen könnte.

Golta möchte Armutsbetroffenen, die keine Sozialhilfe beziehen können, Bargeld auszahlen. Für das Pilotprojekt budgetierte der Stadtrat zwei Millionen Franken für 18 Monate. Weil er aber nicht weiss, in welcher Phase wie hohe Kosten anfallen, stellte er einen Nachtragskredit der vollen zwei Millionen in diesem Jahr.

Drei Anträge

Das gehe nicht, fanden AL und Grüne. Man könne nicht das ganze Geld in diesem Jahr budgetieren, wenn man wisse, dass man einen Teil davon auch im nächsten Jahr noch brauche. Sie wollten deshalb bloss eine Million Franken für das laufende Jahr budgetieren. Damit verschafften sie den Bürgerlichen plötzlich eine Mehrheit. GLP, FDP und EVP kritisierten, es fehle dem Pilotprojekt die gesetzliche Grundlage, und die SVP fand es grundsätzlich unnötig. Gemeinsam wollten sie den Nachtragskredit streichen.

Wegen der insgesamt drei Anträge wurde mehrfach abgestimmt. In der ersten Runde erhielt der Vorschlag von AL und Grünen am wenigsten Stimmen.

In der zweiten Runde ging es darum, ob man die vollen zwei Millionen budgetieren will oder gar das Pilotprojekt ablehnt und ihm das Geld entzieht.

AL und Grüne schwenkten dann doch noch um und stimmten mit der SP. Mit 67 zu 54 Stimmen wurde der Nachtragskredit des Stadtrats genehmigt. Mehrere bürgerliche Rednerinnen und Redner kündigten an, man wolle die Basishilfe noch juristisch überprüfen lassen.

Ein «Schlamassel»

Keine Mehrheit fand ein weiterer Nachtragskredit des Stadtrats. Er hatte für die Suche nach einer Nachfolge für die Direktorin der städtischen Fachschule Viventa zusätzlich 50'000 Franken beantragt. Beim Rekrutierungsprozess war einiges schiefgelaufen. Es wurde eine Kandidatin vorgeschlagen, von der sich herausstellte, dass sie die geforderten Qualifikationen gar nicht erfüllte. In der Folge musste eine neue Nachfolge gesucht werden. Weil der Prozess schon weit fortgeschritten war und die Zeit drängte, bezahlte der Stadtrat einer externen Beratungsfirma 50'000 Franken. Damit gelang es schliesslich, einen neuen Direktor zu finden.

Es ging dem Gemeinderat darum, ein Zeichen zu setzen. Alan David Sangines, SP-Vertreter in der Rechnungsprüfungskommission, sprach von einem «Schlamassel». «So geht man nicht mit Steuergeldern um!»

Die oberste Verantwortung für die Vorgänge trägt Schulvorsteher Filippo Leutenegger (FDP), der in

allen entscheidenden Gremien den Vorsitz hatte. An der Viventa macht man ihm gar den Vorwurf, er habe einer ihm genehmen Kandidatin eine Kaderstelle verschaffen wollen. Im Gemeinderat widersprach Leutenegger vehement. Man habe nichts zu verstecken und werde offene Fragen gerne in einer Untersuchung der Geschäftsprüfungskommission klären. Mit 70 zu 44 Stimmen zückte der Gemeinderat dennoch symbolisch die Rote Karte und lehnte den Nachtragskredit ab.

Die Nachricht hatte einen Entrüstungssturm entfacht: Im Juni war bekannt geworden, dass die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich einen Systemwechsel bei der Vergabe der kostengünstigen Alterswohnungen plant. Ab Oktober wollte sie die Wartelisten abschaffen und durch ein Lossystem ersetzen. Zwar hat Stadtrat Andreas Hauri (GLP) inzwischen eine Verschiebung um drei Jahre angekündigt. Dennoch demonstrierten gestern Nachmittag vor dem Gemeinderatssaal in der Messehalle 9 in Oerlikon rund 50 Seniorinnen und Senioren.

«Zürich will seine Alten durch den Zufallsgenerator jagen», war auf Transparenten zu lesen. Immer wieder wurde skandiert: «Lotterie? Nie, nie, nie!»

Hauri hielt vor dem Eingang zur Messehalle eine kurze Ansprache. Er zeigte Verständnis und versprach, nach Verbesserungen suchen. Aber es sei und bleibe eine grosse Herausforderung, bei der Vergabe der Alterswohnungen eine gerechte Lö-



sung zu finden. Die Meinungen dazu gingen weit auseinander. Klar sei, dass Zürich mehr bezahlbare Wohnungen für Seniorinnen und Senioren brauche. Da gebe es Aufholbedarf. (mth)

Senioren demonstrieren gegen Alterswohnungs-Lotterie



Stellt sich der Kritik: Gesundheitsvorsteher Andreas Hauri (GLP) vor der Messehalle 9. Foto: Martin Huber